Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 180 (2014)

Heft: 4

Artikel: Ein halbes Jahrhundert Münchner Sicherheitskonferenz

Autor: Lezzi, Bruno

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-391398

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein halbes Jahrhundert Münchner Sicherheitskonferenz

Aussen- und Verteidigungsminister aus aller Welt haben die 50. Münchner Sicherheitskonferenz besucht. Neben Standortbestimmungen zu aktuellen Krisen- und Brandherden fand vor allem der Aufruf Bundespräsident Joachim Gaucks für eine aktive Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands grosse Beachtung.

Bruno Lezzi

Die 50. Münchner Sicherheitskonferenz, die vom 31. Januar bis zum 2. Februar im Hotel Bayerischer Hof stattgefunden hat, stiess auf grosses Interesse von zahlreichen Aussen- und Verteidigungsministern, Diplomaten und hohen Militärs sowie von Wirtschafts- und Wissenschaftsvertretern. Wie der Vorsitzende der Konferenz, Wolfgang Ischinger, ausführte, ist dieses sicherheits- und verteidigungspolitische Forum gerade unter den gegenwärtig herrschenden komplexen weltpolitischen Rahmenbedingungen für einen strategischen Gedankenaustausch besonders bedeutsam. Und so benützten denn auch viele Politiker, unter ihnen auch Bundespräsident Didier Burkhalter, diese Gelegenheit für bilaterale Gespräche (vgl. Kasten). Unter der Ägide des ehemaligen Widerstandskämpfers Ewald-Heinrich von Kleist war die Plattform 1963 als Wehrkundebegegnung (später Wehrkundetagung) erstmals durchgeführt worden.

Zeitzeugen im Gespräch

Eine ganz spezielle Atmosphäre erhielt der Jubiläumsanlass durch die Anwesenheit zweier Persönlichkeiten, die bereits am ersten Treffen vor 50 Jahren teilgenommen hatten: Helmut Schmidt und Henry Kissinger. Der ehemalige deutsche Bundeskanzler und der frühere amerikanische Aussenminister diskutierten zusammen mit Valéry Giscard d'Estaing, der von 1974 bis 1981 französischer Staatspräsident gewesen war, Egon Bahr, Radoslaw Sikorski und David Miliband Sicherheitsfragen. Dabei gab Schmidt unter anderem zu bedenken, dass Streitkräfte gegen moderne Bedrohungsformen oft wenig ausrichten könnten. Gerade in grossen Agglomerationen sei der Einsatz von Soldaten kein Rezept für die Bewältigung von Sicherheitsproblemen.

Weitere Vorträge und Diskussionen waren aktuellen Fragen wie etwa der Lage in der Ukraine gewidmet. Auch wenn sich die Ereignisse mittlerweile dramatisch zugespitzt haben, zeigten die teilweise sehr deutlich formulierten politischen Äusserungen des amerikanischen Aussenministers John Kerry und seines russischen Amtskollegen Sergei Lawrow, wie weit die jeweiligen Vorstellungen von einer Lösung dieser gefährlichen Krise auseinanderklaffen.

Internationale Verantwortung wahrnehmen

Von programmatischer Bedeutung war hingegen die Eröffnungsrede des deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck. Mit seinem Appell an die sicherheitspoli-

Bundespräsident Burkhalter zur Sicherh

Bruno Lezzi: Herr Bundespräsident, der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen sowie ihre niederländische Amtskollegin Jeannine Hennis-Plasschaert haben in München unterstrichen, dass kein Land die gegenwärtigen Sicherheitsprobleme allein bewältigen könne und eine verteidigungspolitische Kooperation deshalb unerlässlich sei. Was bedeuten solche Überlegungen für eine neue sicherheitspolitische Konzeption der Schweiz?

Bundespräsident Burkhalter: Die Schweiz teilt die Auffassung, wonach kein Land die sich stellenden Herausforderungen an die Sicherheitspolitik allein bewältigen kann. Dies entspricht auch der modernen sicherheitspolitischen Konzeption der Schweiz. Der sicherheitspolitische Bericht 2000 trug das Leitmotiv «Sicherheit durch Kooperation» im Titel; der aktuelle Bericht von 2010 lebt diese Konzeption fort. Dabei bezieht sich Kooperation immer auf die Zusammenarbeit im Inland wie auch auf internationaler Ebene. Die sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation im internationalen Umfeld ist vielfältig und rege. Die Zusammenarbeit im Rahmen von internationalen Organisationen ist besonders nützlich, um den aktuellen Herausforderungen entgegenzutreten. Ein Schwergewicht ist das Engagement in den Organisationen der euroatlantischen Sicherheitsarchitektur von OSZE, NATO und EU. Die Schweiz ist Mitglied der OSZE und engagiert sich in dieser Organisation besonders stark: 2014 hält sie bereits zum zweiten Mal deren Vorsitz. Sie pflegt im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden eine enge Zusammenarbeit mit der NATO, von der auch die Schweizer Armee profitiert. Unter der Führung der NATO nimmt die Schweiz auch mit mehr als 200 Angehörigen der Armee an der friedenserhaltenden Operation der KFOR in Kosovo teil. Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der EU legt den Fokus auf die Teilnahme an den Abkommen von Schengen (Personenverkehr) und Dublin (Asylwesen); die Schweiz be-

tische Verantwortung Deutschlands stiess er auf ein starkes Echo. Die Geschwindigkeit des Wandels werde unterschätzt. Und so gesehen sei es unerlässlich, sich intensiv mit diffusen Risiken und Gefahren auseinanderzusetzen, erklärte Gauck. Er forderte dazu auf, bei der künftigen Ausgestaltung von UNO, NATO und EU entschlossener voranzugehen. Deutschland müsse bereit sein, mehr als bisher für die Sicherheit zu tun, die seinem Land im Rahmen der transatlantischen Verteidigungsgemeinschaft während Jahrzehnten von anderen Staaten gewährt worden sei. «Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein», gab Gauck zu bedenken. Das bedeute aber keineswegs, sich für rein militärische Lösungen zu entscheiden. Es gelte, alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Man dürfe «weder aus Prinzip nein noch reflexartig ja» sagen. Einen starken Akzent setzte er im Weiteren auf die internationale Zusammenarbeit. In der modernen, vernetzten Welt gebe es Probleme, die kein Staat aus eigener Kraft meistern könne.

Auf ähnlichen Argumentationslinien bewegten sich auch die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und der deutsche Aussenminister Frank-Walter Steinmeier. Wenn die EU ein ernsthafter politischer Akteur bleiben wolle, sei es unumgänglich, gemeinsam zu planen und zu handeln, sagte von der Leyen.

Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz.
Bilder: Marc Müller

Unter diesem Vorzeichen plädierte sie für ein Konzept von Rahmennationen, an die sich Streitkräfte mit beschränkten Ressourcen andocken könnten. Damit können, wie die Ministerin ausführte, sowohl die NATO als auch die EU militärisch gestärkt werden. Und wie Gauck sprach sich auch von der Leyen für eine aktivere verteidigungspolitische Rolle Deutschlands aus. Gleichgültigkeit sei für ihr Land keine Option, weder aus sicherheitspolitischer noch aus humanitärer Sicht. Schliesslich votierte die Politikerin für einen Ausbau der Kooperation mit Partnern in Afrika mit dem Ziel, diese in die Lage zu versetzen, selber Sicherheitsleistungen erbringen zu können.

Deutschland als sicherheitspolitischer Impulsgeber

Ebenso engagiert setzte sich auch Aussenminister Steinmeier für eine augenfällige Präsenz Deutschlands auf dem sicherheitspolitischen und militärischen Terrain ein. Es wäre falsch, sich bei schwerwiegender Unrast in fragilen Staaten nur in Empörungsrhetorik zu erschöpfen. Deutschland müsse und wolle mit entsprechenden konkreten Beiträgen Impulsgeber für eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik Europas werden, eine Aussage, die später ebenfalls von NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen in analoger

r heitskooperation

teiligt sich ausserdem an Missionen der EU in Kosovo und Bosnien, und sie hat ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Verteidigungsagentur abgeschlossen.

Auf globaler Ebene engagiert sich die Schweiz im Rahmen der Vereinten Nationen und beteiligt sich an deren friedenserhaltenden Operationen.
Die Schweiz sucht auch die vermehrte Zusammenarbeit im Bereich der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen und wirkt beispielsweise im Global Counterterrorism Forum (GCTF) mit. Schwerpunkte der schweizerischen Aktivitäten in diesem Forum waren bisher die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und die Beachtung der Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung, der Kapazitätsaufbau bei der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung sowie das Themenfeld der Jihad-Reisenden. Sie beteiligt sich ferner aktiv an internationalen Prozessen, die zu einer Stärkung der Sicherheit und des Datenschutzes im Cyber-Bereich führen sollen.

Schliesslich pflegt die Schweiz eine intensive bilaterale Zusammenarbeit mit vielen Staaten, sei dies auf Ebene der Aussensicherheitspolitik oder auf Ebene der Streitkräfte.
Kooperation zur Bewältigung der sicherheitspolitischen Bedrohungen ist somit gelebte schweizerische Politik. Die neue sicherheitspolitische Konzeption trägt dem Umstand Rechnung, dass die Bedrohungen zunehmend transnational sind und die Antworten demzufolge ebenfalls eine Zunahme der Zusammenarbeit fordern. Derzeit wird ein neuer Bericht über die Sicherheitspolitik erarbeitet, der 2015 vom Bundesrat verabschiedet werden soll. Ein Schwerpunkt des Berichts ist die Auseinandersetzung mit den Bedrohungen. Ein zweiter Schwerpunkt ist die internationale Zusammenarbeit. Damit wird gleichzeitig ein Postulat der sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates erfüllt, welches unter anderem danach fragt, wie sich die Schweiz ausserhalb eines NATO- und EU-Beitrittes verstärkt an der Sicherheitsproduktion im europäischen Rahmen beteiligen soll.

Das Plenum im Bayerischen Hof.

Weise reflektiert wurde. Aber auch Steinmeier warnte davor, militärische Mittel überstürzt einzusetzen. Eine Kultur der Zurückhaltung dürfe allerdings nie zu einer Kultur des Heraushaltens werden, wenn entschiedenes Handeln erforderlich sei. Dabei unterstrich er die Bedeutung eines engen Zusammengehens mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Europa und die USA blieben die engsten wirtschaftlichen und politischen Partner, bekräftigte er.

Bei der amerikanischen Teilnehmerschaft stiessen die deutschen Absichtserklärungen auf offene Ohren. Der amerikanische Aussenminister John Kerry stellte die europäisch-amerikanische Kooperation ins Zentrum seiner Überlegungen und meinte, dass diese insofern nötig sei, als kein Land mehr allein mit den bestehenden Problemen fertig werden könne. Und Chuck Hagel erklärte, dass Europa der stärkste Partner der USA bleibe und er unter einem militärischen Blickwinkel die Bündelung von Streitkräftepotenzialen in einem Rahmennationenkonzept als richtig erachte. Denn die Zusammenarbeit mit starken Partnern sei ein Schlüsselfaktor der amerikanischen Strategie. ■

Oberst i Gst
Bruno Lezzi
Dr. phil.
Lehrbeauftragter
Uni Zürich
8802 Kilchberg ZH